

Auftrag Rüegg betreffend Überprüfung der Ausbildungsbeiträge im Hinblick auf den Arbeitskräftemangel

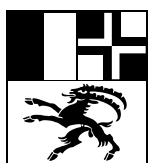
Die jährlich durchgeführte Umfrage der Dachorganisationen der Wirtschaft zeigt deutlich, dass in Graubünden insbesondere gelernte Mitarbeitende auf Stufe berufliche Grundbildung sowie höhere und spezialisierte Fachkräfte fehlen. Neben attraktiven Aus- und Weiterbildungsangeboten spielen Ausbildungsbeiträge für einen attraktiven Arbeits- und Wohnort künftig eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das aktuelle Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG) wurde 2007 in Kraft gesetzt und wurde seitdem nur marginal angepasst. Somit liegt der Zeitpunkt für eine Evaluation über die Wirkung des Stipendiengesetzes sowie einer Prüfung möglicher Anpassungen des Stipendiengesetzes vor. Die Überprüfung des Stipendiengesetzes sollte vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels stattfinden, der in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmen wird. Dabei soll überprüft werden, wie durch die Weiterentwicklung bestehender und die Einführung neuer Instrumente die Wirkung von Ausbildungsbeiträgen zur Linderung des Fachkräftemangels eingesetzt werden kann. Namentlich sollen die Darlehen für berufsorientierte Aus- und Weiterbildungen ausgeweitet werden. Weiter sind die bestehenden Verfahren zu überprüfen und Vereinfachungen vorzuschlagen.

Der Bericht im Auftrag der SBBK im Rahmen der Berufsbildungsinitiative 2030 «Direkte und indirekte Kosten der beruflichen Grundbildung für Erwachsene: Schweizweite Bestandesaufnahme zu Finanzierungsmöglichkeiten und -lücken» zeigt im Bereich der beruflichen Grundbildung einen Handlungsbedarf für den Kanton Graubünden im Bereich der beruflichen Grundbildung für Erwachsene auf. Es ist angezeigt, dass möglichst allen Personen über 40 Jahren in Graubünden künftig ein Abschluss in der beruflichen Grundbildung ermöglicht wird, unabhängig der finanziellen Verhältnisse der entsprechenden Person. Ebenfalls ist für die Förderung der beruflichen Grundbildung für Erwachsene zu prüfen, ob weitere steuerliche Anreize für indirekte Bildungskosten geschaffen werden können. Aufgrund des Wandels der auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen, insbesondere infolge der Digitalisierung und Automatisierungen, ist zu prüfen, wie Zweit- und Weiterbildungen für Erwachsene künftig neu durch Ausbildungsbeiträge gefördert werden können.

Aufgrund dieser Ausführungen wird die Regierung beauftragt, die Wirkung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG) zu evaluieren und die nötigen Anpassungen vorzunehmen, vornehmlich im Hinblick auf den Fachkräftemangel.

Chur, 12. Juni 2024

Rüegg, Koch, Bettinaglio, Adank, Altmann, Bardill, Bavier, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Biert, Binkert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger-Caderas, Bundi, Candrian, Censi, Collenberg, Crameri, Danuser (Chur), Das, Della Cà, Dietrich, Dürler, Furger, Gansner, Gort, Gredig, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kocher, Kohler, Koppenberg, Kreiliger, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Mani, Mazzetta, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Rettich, Righetti, Rodigari, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, von Ballmoos, von Tschanner, Wieland (Tamins), Wilhelm, Zindel



Sitzung vom

20. August 2024

Mitgeteilt den

21. August 2024

Protokoll Nr.

662/2024

Auftrag Rüegg

betreffend Überprüfung der Ausbildungsbeiträge im Hinblick auf den Arbeitskräftemangel

Antwort der Regierung

Das im 2007 in Kraft gesetzte totalrevidierte Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz, StipG; BR 450.200) hat sich bewährt. Die einzigen Änderungen seither waren redaktionelle bzw. terminologische Anpassungen infolge der Gebietsreform sowie des Gerichtsorganisationsgesetzes. So konnten die Vorgaben des am 1. März 2013 in Kraft getretenen Stipendienkonkordats der EDK (BR 450.110; Beitritt Kanton Graubünden gestützt auf Beschluss des Grossen Rats vom 20. April 2010, BR 450.100) innerhalb des Stipendiengesetzes abgedeckt werden bzw. erforderten keine Anpassungen. Die Erfüllung der für die Tertiärstufe relevanten Harmonisierungsbestimmungen des Konkordats ist Voraussetzung für die Gewährung von Bundesbeiträgen. Im 2023 erhielt der Kanton Graubünden rund 564 000 Franken Beiträge vom Bund an Aufwendungen nach Stipendiengesetz.

Der Zweck von Ausbildungsbeiträgen ist, die Chancengleichheit für das Absolvieren einer Ausbildung zu fördern. D.h. der Kanton leistet Stipendien und Darlehen an Personen, bei welchen die eigene finanzielle Leistungsfähigkeit sowie jene der Eltern für die Deckung der Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten nicht ausreichen. Die Beitragsberechtigung gilt für Ausbildungen auf der Sekundarstufe II und dieser nachgelagerten Stufen. Auch muss die Ausbildung zu einem vom Bund oder von einem Kanton anerkannten Abschluss führen. Eine Steuerung der Ausbildungen seitens Kanton ist nicht Aufgabe der Stipendiengesetzgebung. D.h. bezüglich Stipendienhöhe erfolgt keine Unterscheidung nach Ausbildungsgang pro Stufe.

Die beitragsberechtigten Personen sind in Art. 4 StipG aufgeführt. Art. 4 Abs. 2 StipG ermöglicht zudem, in Ergänzung zu Art. 4 Abs. 1 StipG in Ausnahmefällen Ausbildungsbeiträge an weitere Personen auszurichten. Diese Ausnahmefallregelung ermöglichte es der Regierung, mittels Anpassungen der Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendienverordnung; StipVO; BR 450.250) Entwicklungen

aufzunehmen und punktuell Stipendien ausserhalb des in Art. 4 Abs. 1 StipG erwähnten Bezügerkreises zu leisten. Dies beispielsweise für Personen über 40 ohne Abschluss in der beruflichen Grundbildung.

Die kantonale Stipendienstelle vollzieht mit einem Totalpensum von 260 Stellenprozenten die kantonale Stipendiengesetzgebung. Die durchschnittliche Dauer vom vollständigen Gesuchseingang bis zur Verfügung und Auszahlung ist 20 Tage. Gesamtschweizerisch beträgt die Durchschnittsdauer 38 Tage (Stand 07.2023). Sowohl Stellendotation als auch Verfahrensdauer sind auf sehr tiefem Niveau. In 17 Jahren wurden rund 41 000 Stipendiengesuche eingereicht. Seit Inkrafttreten des Stipendiengesetzes führten keine Fälle zu Beschwerden, welche mittels übergeordnetem Verfahren abgehandelt werden mussten. Gesamthaft wurden rund 270 Beschwerden eingereicht; dies entspricht einer Quote von 0.7 Prozent. Die Digitalisierung bzw. digitale Transformation hat im Bereich Stipendien seit langem Einzug gehalten und wird stets verbessert. Das Projekt e-Stipendiengesuch ist eines der ersten Projekte der kantonalen e-Government-Umsetzung.

Aus Sicht der Regierung ist es nicht Aufgabe des Stipendiengesetzes, Wirtschaftspolitik zu betreiben oder einzelne Ausbildungen zu bevorzugen. Entsprechend wurde auch davon abgesehen, die Unterstützungsbeiträge der Pflegeinitiative im Stipendiengesetz abzuhandeln. Vom Einbau von planwirtschaftlichen Elementen oder der Bevorzugung von Ausbildungen einzelner Branchen in der Stipendiengesetzgebung ist abzusehen. Auch wäre es nicht zielführend, wenn über die unterschiedliche Stipendienhöhe eine Steuerung der Ausbildungsgänge (Berufsbildung vs. Allgemeinbildende Ausbildung) vorgenommen wird bzw. diese gegeneinander ausgespielt werden.

Die durch die Unterzeichnenden geforderte Wirkungsanalyse des Stipendiengesetzes und der Auftrag, dem Grossen Rat - sofern es eine Gesetzesrevision erfordert - Anpassungsvorschläge zu unterbreiten, kann entgegengenommen werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Rüegg concernent l'examinaziun da las contribuziuns da scolaziun en vista a la mancanza da forzas da lavur

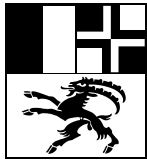
Las organisaziuns da tetg da l'economia fan mintga onn in'enquista. Quella mussa cleramain, ch'en il Grischun mancan particularmain collavuraturas e collavuratur cun in emprendissadi terminà sin il stgalim da la furmaziun professiunala da basa sco er forzas spezialisadas cun autas qualificaziuns e cun qualificaziuns specificas. Per l'attractivitat d'in lieu da lavur e da domicil giogan – ultra da purschidas attractivas da scolaziun e da furmaziun supplementara – er las contribuziuns da scolaziun ina rolla che na dastga betg vegnir sutvalitada. La Lescha actuala davart las contribuziuns da scolaziun (Lescha da stipendis, LStip) è entrada en vigur l'onn 2007. Dapi lura n'è ella strusch pli vegnida adattada. Igl è pia uras d'evaluar l'effect da la Lescha da stipendis e d'examinar eventualas midadas da questa lescha. L'examinaziun da la Lescha da stipendis duai resguardar la mancanza da persunas spezialisadas, che vegn a s'augmentar ils proxims onns pervia dal svilup demografic. En quest connex duai vegnir examinà, co che l'effect da las contribuziuns da scolaziun po vegnir applitgà per mitigiar la mancanza da persunas spezialisadas, quai cun sviluppar vinavant ils instruments existents e cun introducir novs instruments. En spezial duain vegnir extendids ils emprests per scolaziuns e furmaziuns supplementaras orientadas a la professiun. Plinavant ston vegnir examinadas las proceduras existentas e vegnir proponidas simplificaziuns.

Il rapport «Custs directs ed indirects da la furmaziun professiunala da basa per persunas creschidas: inventarisaziun da las pussaivladads e dals deficits da finanziaziun en Svizra», ch'è vegnì elavurà per incumbensa da la Conferenza svizra dals uffizis da la furmaziun professiunala (CSFP) en il rom da l'iniziativa davart la furmaziun professiunala 2030, mussa in basegn d'agir en il chantun Grischun sin il champ da la furmaziun professiunala da basa per persunas creschidas. Igl è inditgà, che – sche pussaivel – tut las persunas sur 40 onns hajan en l'avegnir la pussaivladad da far in diplom da la furmaziun professiunala da basa, independentamain da las relaziuns finanzialas da la persuna correspudenta. Per promover la furmaziun professiunala da basa per persunas creschidas stoi er vegnir examinà, sch'i pon vegnir dads ulteriurs impuls fiscals a favur dals custs da furmaziun indirects. Perquai che las cumpetenzas che vegnan duvradas sin il martgà da lavur sa midan, en spezial pervia da la digitalisaziun e pervia d'automatisaziuns, stoi vegnir examinà, co ch'igl è pussaivel da promover en l'avegnir segundas scolaziuns e furmaziuns supplementaras per persunas creschidas da nov cun contribuziuns da scolaziun.

Sin basa da questas explicaziuns vegn la Regenza incumbensada d'evaluar l'effect da la Lescha davart las contribuziuns da scolaziun (Lescha da stipendis, LStip) e da far las adattaziuns necessarias, principalmain en vista a la mancanza da persunas spezialisadas.

Cuira, ils 12 da zercladur 2024

Rüegg, Koch, Bettinaglio, Adank, Altmann, Bardill, Bavier, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Biert, Binkert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger-Caderas, Bundi, Candrian, Censi, Collenberg, Crameri, Danuser (Cuira), Das, Della Cà, Dietrich, Dürler, Furger, Gansner, Gort, Gredig, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kocher, Kohler, Koppenberg, Kreiliger, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Mani, Mazzetta, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Rettich, Righetti, Rodigari, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, von Ballmoos, von Tschärner, Wieland (Tumein), Wilhelm, Zindel



Sesida dals

20 d'avust 2024

Communitgà ils

21 d'avust 2024

Protocol nr.

662/2024

Incumbensa Rüegg

concernent l'examinaziun da las contribuziuns da scolaziun en vista a la mancanza da forzas da lavur

Resposta da la Regenza

La revisiun totala da la Lescha davart las contribuziuns da scolaziun (Lescha da stipendis, LStip; DG 450.200) ch'è vegnida messa en vigur l'onn 2007, è sa cumprovada. Las sulettas midadas dapi quella giada èn stadas adattaziuns redacziunalas resp. terminologicas pervia da la refurma dal territori sco er da la Lescha davart l'organisaziun giudiziala. Las prescripziuns dal Concordat da stipendis da la CDEP (DG 450.110) ch'è entrà en vigur il 1. da mars 2013 (participaziun dal chantun Grischun sin basa dal conclus dal Cussegl grond dals 20 d'avrigl 2010, DG 450.100) pon vegnir ademplitas cun la Lescha da stipendis resp. n'han betg pretendì adattaziuns. La premissa per conceder contribuziuns federalas è d'ademplir las disposiziuns d'armonisaziun dal Concordat, ch'èn relevantas per il stgalim terziar. L'onn 2023 ha il chantun Grischun survegnì contribuziuns da var 564 000 francs da la Confederaziun per finanziair las expensas tenor la Lescha da stipendis.

L'intent da las contribuziuns da scolaziun è quel da promover l'egualitad da las schanzas per absolver ina scolaziun. Quai vul dir ch'il chantun paga stipendis ed emprests a persunas, da las qualas l'atgna capaciad finanziaia sco er tala dals geniturs na bastan betg per cuvrir ils custs da scolaziun e da viver. Il dretg da survegnir contribuziuns vala per scolaziuns sin il stgalim secundar II e sin ils stgalims successivs. Er sto la scolaziun terminar cun in diplom che vegn renconuschì da la Confederaziun u d'in chantun. Ch'il chantun reguleschia las scolaziuns, n'è betg l'incumbensa da la legislaziun da stipendis. Quai vul dir che l'import dals stipendis na sa differenziescha betg tenor la scolaziun per stgalim.

Las persunas che han il dretg da survegnir contribuziuns figureschan en l'art. 4 LStip. Per cumplettar l'art. 4 al. 1 LStip èsi er pussaivel – tenor l'art. 4 al. 2 LStip – da conceder en cas excepziunals contribuziuns da scolaziun ad ulteriuras persunas. Questa regulaziun excepziunala permetta a la Regenza d'adattar l'Ordinaziun tar la

Lescha davart las contribuziuns da scolaziun (Ordinaziun da stipendis, OStip; DG 450.250) e d'uschia integrar svilups sco er da conceder stipendis ordaifer il circol da retschaviders che vegn menziunà en l'art. 4 al. 1 LStip. Quai per exempel a personas sur 40 onns senza in diplom da la furmaziun professiunala da basa.

Il post chantunal da stipendis exequescha la legislaziun chantunala da stipendis cun in pensum total da 260 pertschients da plazzas. Dal mument che la dumonda cumpletta vegn inoltrada fin ch'il stipendi vegn disponì e pajà or, duri en media 20 dis.

Sch'ins resguarda l'entira Svizra, dura quai en media 38 dis (stadi: 07-2023). Tant la dotaziun da plazzas sco er la durada da la procedura èn sin in nivel fitg bass.

Entaifer 17 onns èn vegnidas inoltradas var 41 000 dumondas da stipendis. Dapi che la Lescha da stipendis è en vigur, n'hai dà nagins recurs ch'ins avess stuì tractar en ina procedura surordinada. Tut en tut èn vegnids inoltrads circa 270 recurs; quai correspunda ad ina quota da 0,7 pertschient. La digitalisaziun resp. la transfurmaziun digitala è s'establida dapi ditg en il sector dals stipendis e vegn meglierada cuntinua-damain. La dumonda electronica da stipendis è in dals emprims projects en il rom da la realisaziun da l'administraziun electronica sin plaun chantunal.

Ord vista da la Regenza n'èsi betg l'incumbensa da la Lescha da stipendis da far ina politica economica u da favurisar singulas scolaziuns. Correspundentamain han ins er desistì d'integrar las contribuziuns da sustegn da l'Iniziativa da tgira en la Lescha da stipendis. En la legislaziun da stipendis na duain betg vegnir integrads elements da l'economia dirigistica u favurisadas scolaziuns da singulas branschas. Er na fissi betg cunvegnent, da regular las scolaziuns sur differents imports da stipendis (furmaziun professiunala vs. scolaziun da furmaziun generala) resp. d'opponer las differentas scolaziuns ina a l'autra.

La pretensiun da las sutsegnadras e dals sutsegnaders d'analisar ils effects da la Lescha da stipendis e l'incumbensa da suttametter al Cussegl grond propostas da midadas che pretendan ina revisiun da la lescha, pon vegnir acceptadas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar l'incumbensa qua avant maun.



En num da la Regenza
Il president:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Rüegg concernente la verifica dei contributi di formazione in considerazione della carenza di lavoratori

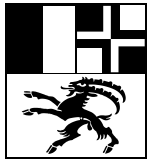
Dal sondaggio che le organizzazioni mantello svolgono a cadenza annuale è emerso chiaramente che nei Grigioni mancano in particolare collaboratori qualificati a livello di formazione professionale di base nonché lavoratori con maggiori qualifiche e specializzati. Oltre a offerte di formazione e di perfezionamento professionale interessanti, in futuro i contributi di formazione rivestiranno un ruolo da non sottovalutare a favore di un luogo attrattivo in cui lavorare e vivere. L'attuale legge sui contributi di formazione (legge sulle borse di studio, LCBor) è stata posta in vigore nel 2007 e da allora ha subito adeguamenti solo marginali. È dunque giunto il momento di valutare gli effetti e prendere in esame possibili adeguamenti della legge sulle borse di studio. La verifica della legge sulle borse di studio dovrebbe avvenire in considerazione della carenza di specialisti, destinata a inasprirsi nei prossimi anni a seguito dello sviluppo demografico. Occorre verificare come sia possibile sfruttare l'effetto di contributi di formazione per mitigare la carenza di specialisti tramite l'ulteriore sviluppo degli strumenti esistenti e l'introduzione di nuovi. Segnatamente occorre ampliare i prestiti per le formazioni e i perfezionamenti professionali. Inoltre occorre verificare le procedure esistenti e proporre semplificazioni.

Dal rapporto commissionato dalla CSFP nel quadro dell'iniziativa Formazione professionale 2030 «Direkte und indirekte Kosten der beruflichen Grundbildung für Erwachsene: Schweizweite Bestandesaufnahme zu Finanzierungsmöglichkeiten und -lücken», per il Cantone dei Grigioni nel settore della formazione professionale di base emerge una necessità di agire per quanto riguarda gli adulti. È opportuno che nei Grigioni in futuro quanti più ultraquarantenni possibili possano conseguire un diploma nella formazione professionale di base, indipendentemente dalla loro situazione finanziaria. Allo stesso modo, per la promozione della formazione professionale di base per adulti occorre esaminare la possibilità di creare ulteriori incentivi fiscali per le spese di formazione indirette. A seguito del mutamento delle competenze richieste dal mercato del lavoro, dovuto in particolare alla digitalizzazione e all'automatizzazione, occorre esaminare come in futuro sarà a titolo di novità possibile promuovere seconde formazioni e perfezionamenti professionali per adulti attraverso contributi di formazione.

Sulla base di queste riflessioni si incarica il Governo di valutare gli effetti della legge sui contributi di formazione (legge sulle borse di studio, LCBor) e di apportare gli adeguamenti necessari principalmente in considerazione della carenza di specialisti.

Coira, 12 giugno 2024

Rüegg, Koch, Bettinaglio, Adank, Altmann, Bardill, Bavier, Beeli, Berther, Berthod, Berweger, Biert, Binkert, Bischof, Bisculm Jörg, Bleuler-Jenny, Brandenburger-Caderas, Bundi, Candrian, Censi, Collenberg, Cramer, Danuser (Coira), Das, Della Cà, Dietrich, Dürler, Furger, Gansner, Gort, Gredig, Hartmann, Heim, Heini, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kocher, Kohler, Koppenberg, Kreiliger, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Mani, Mazzetta, Menghini-Inauen, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Natter, Pfäffli, Rauch, Rettich, Righetti, Rodigari, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schneider, Schutz, Spagnolatti, Stiffler, Stocker, von Ballmoos, von Tscharner, Wieland (Tamins), Wilhelm, Zindel



Seduta del

20 agosto 2024

Comunicato il

21 agosto 2024

Protocollo n.

662/2024

Incarico Rüegg

concernente la verifica dei contributi di formazione in considerazione della carenza di lavoratori

Risposta del Governo

La legge sui contributi di formazione (legge sulle borse di studio, LCBor; CSC 450.200) entrata in vigore nel 2007 e sottoposta a revisione totale si è dimostrata valida. Da allora, le uniche modifiche riguardavano adeguamenti redazionali e terminologici a seguito della riforma territoriale nonché a seguito della legge sull'organizzazione giudiziaria. Le direttive del Concordato sulle borse di studio della CDPE (CSC 450.110; adesione del Cantone dei Grigioni sulla base del decreto del Gran Consiglio del 20 aprile 2010, CSC 450.100) entrate in vigore il 1° marzo 2013 possono essere attuate con la legge sulle borse di studio o non hanno richiesto adeguamenti. L'adempimento delle disposizioni di armonizzazione rilevanti per il livello terziario previste dal Concordato è un presupposto per la concessione di contributi federali. Nel 2023 il Cantone dei Grigioni ha ricevuto dalla Confederazione circa 564 000 franchi sotto forma di contributi per le spese previste dalla legge sulle borse di studio.

Lo scopo dei contributi di formazione è quello di promuovere le pari opportunità per lo svolgimento di una formazione. Ciò significa che il Cantone concede borse di studio e prestiti a persone la cui capacità finanziaria e quella dei genitori non sono sufficienti per coprire le spese di formazione e di sostentamento. Il diritto a contributi vale per formazioni a livello di scuola secondaria II e a livelli superiori. La formazione deve anche portare a un diploma riconosciuto dalla Confederazione o da un Cantone. Non spetta alla legge sulle borse di studio regolamentare le formazioni da parte del Cantone. Ciò significa che in relazione all'importo delle borse di studio non vengono fatte distinzioni a seconda del ciclo di formazione per livello.

Le persone aventi diritto a contributi sono elencate nell'art. 4 LCBor. Inoltre l'art. 4 cpv. 2 LCBor autorizza, in casi eccezionali, il versamento di contributi di formazione ad altre persone oltre a quelle menzionate nell'art. 4 cpv. 1 LCBor. Questa regolamentazione dei casi eccezionali ha consentito al Governo di integrare nuovi sviluppi tramite adeguamenti dell'ordinanza relativa alla legge sui contributi alla formazione

(ordinanza sulle borse di studio, OCBor; CSC 450.250) e di erogare in modo puntuale borse di studio oltre la cerchia di beneficiari menzionati nell'art. 4 cpv. 1 LCBor. Ad esempio per persone ultraquarantenni senza diploma di formazione professionale di base.

L'Ufficio borse di studio cantonale dà esecuzione alla legislazione cantonale in materia di borse di studio con un volume di impiego totale pari al 260 per cento. In media, tra la presentazione della domanda completa e la decisione e il versamento trascorrono 20 giorni. A livello nazionale la procedura richiede in media 38 giorni (stato 07.2023). Sia il volume di impiego sia la durata della procedura sono molto bassi. In 17 anni sono state presentate circa 41 000 domande di borsa di studio. Dall'entrata in vigore della legge sulle borse di studio nessun caso ha dato adito a ricorsi che dovessero essere trattati mediante procedura sovraordinata. Sono stati presentati complessivamente circa 270 ricorsi, ciò che corrisponde a una quota dello 0,7 per cento. La digitalizzazione e la trasformazione digitale sono state introdotte da tempo nel settore delle borse di studio e vengono continuamente migliorate. Il progetto relativo alle domande di borse di studio elettroniche è uno dei primi progetti dell'implementazione dell'e-government cantonale.

Il Governo è dell'opinione che la legge sulle borse di studio non debba perseguire una politica economica o favorire singole formazioni. Di conseguenza si è anche rinunciato a trattare i contributi di sostegno dell'iniziativa sulle cure infermieristiche nella legge sulle borse di studio. Occorre rinunciare a introdurre nella legislazione in materia di borse di studio elementi di economia pianificata o a preferire formazioni in singoli settori. Non sarebbe nemmeno opportuno utilizzare i vari importi delle borse di studio per controllare i cicli di formazione (formazione professionale vs. formazione generale) o per metterli in contrapposizione tra loro.

L'analisi degli effetti della legge sulle borse di studio richiesta dalle firmatarie e dai firmatari e l'incarico di sottoporre al Gran Consiglio proposte di adeguamento, laddove sia necessaria una revisione di legge, possono essere accolti.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin